



Zwei Millionen Stimmen gegen die Regierung: Die „Loi Duplomb“ entfacht eine neue große Umweltbewegung

In Frankreich hat eine Petition gegen die sogenannte „Loi Duplomb“ binnen weniger Wochen einen historischen Rekord aufgestellt: Über zwei Millionen Menschen haben sich auf der Plattform der Nationalversammlung gegen das umstrittene Gesetz ausgesprochen, das Pestizide der Neonicotinoid-Klasse unter Auflagen wieder zulassen soll. Die Wucht dieser digitalen Mobilisierung stellt nicht nur die politische Legitimität der Regelung in Frage – sie zwingt die Regierung unter Präsident Emmanuel Macron auch zur Klärung grundsätzlicher Fragen über die Rolle der Bürgerbeteiligung im Gesetzgebungsprozess.

Der Streit um die Rückkehr der „Bienenkiller“

Am 8. Juli 2025 verabschiedete das französische Parlament das Gesetz „visant à lever les contraintes à l'exercice du métier d'agriculteur“, das auf eine Entbürokratisierung der Landwirtschaft zielt. Besonders kontrovers ist die Wiedezulassung des Insektizids Acetamiprid, eines Neonicotinoids, das in Frankreich seit 2018 verboten war – nicht jedoch in anderen EU-Staaten wie Spanien oder Italien, wo eine Übergangsregelung bis 2033 gilt.

Während Agrarverbände, insbesondere im Zuckerrüben- und Haselnussanbau, die Maßnahme als notwendige Reaktion auf Schädlingsplagen und internationale Wettbewerbsverzerrungen begrüßen, warnen Umweltorganisationen und Imker vor gravierenden ökologischen Folgen. Acetamiprid gilt als bienenschädlich, und – anders als bei Imidacloprid oder Thiamethoxam – sind die toxikologischen Langzeitwirkungen auf Menschen und Ökosysteme bislang unzureichend erforscht.

Die Umweltorganisation Générations Futures spricht von einem „Rückfall in eine veraltete Agrarpolitik“ und kritisiert, dass das Vorsorgeprinzip de facto ausgehebelt werde. Auch der Conseil National de Protection de la Nature äußerte erhebliche Bedenken, da die vorgesehenen Bedingungen für den Einsatz des Wirkstoffs in der Praxis kaum überprüfbar seien.

Die Petition als Katalysator politischer Unruhe

Die 23-jährige Éléonore Pattery, Studentin der Umweltgesundheit in Lille, hat mit ihrer am 10. Juli gestarteten Petition eine beispiellose Bewegung losgetreten. Innerhalb von zehn Tagen



Zwei Millionen Stimmen gegen die Regierung: Die „Loi Duplomb“ entfacht eine neue große Umweltbewegung

wurde die Millionengrenze überschritten; am 28. Juli waren es schon über zwei Millionen. Neben dem rasanten Anstieg der Zahl der Unterschriften fällt auf, dass die Unterstützung aus allen Altersgruppen und über 90 Départements kommt – weit mehr als die für eine Parlamentsdebatte erforderlichen 500.000 Unterschriften aus mindestens 30 Regionen.

Prominente Persönlichkeiten wie Schauspieler Pierre Niney, Musiker Julien Doré und YouTuberin EnjoyPhoenix machten sich über soziale Netzwerke für die Petition stark, flankiert von NGOs wie Greenpeace, France Nature Environnement oder Générations Futures. Ihre Botschaft ist eindeutig: Das Gesetz gefährde nicht nur Bienen, sondern auch das Vertrauen in die demokratische Legitimität der Umweltgesetzgebung.

Parlament und Verfassungsgericht unter Zugzwang

Gemäß dem französischen Petitionsrecht kann das Überschreiten der 500.000er-Marke eine Debatte im Parlament auslösen. Parlamentspräsidentin Yaël Braun-Pivet hat sich offen für eine solche Aussprache im September gezeigt, auch wenn die endgültige Entscheidung der Conférence des Présidents am 16. September vorbehalten bleibt. Die Organisatoren hoffen, über diesen Hebel zumindest eine partielle Rücknahme der Gesetzesinhalte zu erreichen.

Parallel dazu haben linke Abgeordnete am 11. Juli den Conseil constitutionnel (Verfassungsrat) angerufen. Ihr Vorwurf: Die Debatte im Parlament sei unzureichend gewesen, zentrale Änderungsanträge seien ohne Diskussion abgelehnt worden – ein möglicher Verstoß gegen das Prinzip der parlamentarischen Sorgfaltspflicht. Das Verfassungsgericht will sein Urteil am 7. August veröffentlichen.

Ein negatives Votum könnte Präsident Macron rechtlich die Möglichkeit geben, das Gesetz nicht zu unterzeichnen. Doch selbst bei einem formellen grünen Licht bleibt ihm politischer Handlungsspielraum – etwa, das Gesetz durch ein Moratorium oder eine Rückverweisung in den Gesetzgebungsprozess zu entschärfen.

Symbolpolitik oder Neubeginn?

Unabhängig vom Ausgang der juristischen Prüfung hat die „Affäre Duplomb“ bereits eine



Zwei Millionen Stimmen gegen die Regierung: Die „Loi Duplomb“ entfacht eine neue große Umweltbewegung

politische Realität geschaffen: Eine neue Generation umweltbewusster Bürger meldet sich lautstark zu Wort. Die „digitale Straße“ wird zunehmend zu einem Faktor, den politische Entscheidungsträger nicht länger ignorieren können. Der Fall erinnert in seiner Dynamik an frühere Protestbewegungen wie die „Manif pour tous“ (2013) oder die „Gilets Jaunes“ (2018), wenn auch mit einem dezidiert ökologischen Fokus.

Auch international findet der Protest Beachtung. Beobachter aus Deutschland, Belgien und den Niederlanden verfolgen mit Interesse, ob Frankreichs Regierung an einem Pestizidkurs festhält, der EU-intern ohnehin stark umstritten ist. Die Frage lautet: Ist die Loi Duplomb Ausdruck einer Rückkehr zur agroindustriellen Wachstumslogik – oder der letzte Versuch, ein ökologisches Gleichgewicht durch technologisches Krisenmanagement zu retten?

Wie Macron sich entscheidet, dürfte Signalwirkung haben – für die ökologische Glaubwürdigkeit seiner Amtszeit ebenso wie für die Zukunft der partizipativen Demokratie in Frankreich.

Autor: P. Tiko